

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Einzelne Anzeigen im Rhein- und Lahn-Anzeiger werden in der 6. Spalte der 1. Seite ober dem Raum mit 50 Pf., die 2. Spalte mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mülbacher Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878

Nr. 98 Nastätten, Samstag, den 20. August 1921 44. Jahrgang

Die Herkunft des Vermögens.

Auch in Arbeiterkreisen, die gegen eine starke Besteuerung des Kapitals wahrlich nichts einzuwenden haben, beginnt man jetzt einzusehen, daß es mit der Vermögenssteuer, so wie sie von der Reichsregierung geplant ist, doch nicht angeht. Auch viele fleißige Arbeiter, die seit Jahrzehnten für ihren Lebensabend gespart haben, werden dadurch in vorgeschrittenen Jahren schwer geschädigt werden. Die Vermögenssteuer erscheint jetzt als eine Art Strafe für das Sparen und als ein Abschreckmittel gegen die bescheidene und solide Tätigkeit. Sie muß in einem Hauptpunkte geändert oder ergänzt werden.

Die Erhebung und die Höhe der Steuer muß durch die Herkunft des Vermögens festgesetzt werden. Wer von Kindheit an der geborene Rentier war und weder Hände noch Kopf hat zu rühren brauchen, um für seinen „Kampf mit dem Leben“ etwas zu tun, der wird ohne weiteres die Steuer auf das, was er hat, bezahlen können. Ebenso ist Besitz aus fremden Vermögenswerten, Erbschaften, Spekulationen jeder Art leistungsfähig. Anders steht aber die Sache, wenn jemand von seinem zwanzigsten Lebensjahre bis in die sechziger Jahre hinein mit seiner Kopf- oder Handarbeit sich einen Sparspennig geschaffen hat, den er seiner Tüchtigkeit verdankt, und dessen Abzug durch die Steuer ihm unbillige Beschränkungen auferlegen würde. Denn ein Mann, der keinerlei Pension erhält, ist in den sechziger Jahren gemeinhin nicht mehr imstande, sich unter einem Steuerzwang noch große Nebenverdienste zu schaffen, es ist schon ungerecht, ihn vor solche Notwendigkeit zu stellen. Was er in einem solchen Alter besitzt, das muß ihm auch geschenkt werden.

In einer Zeit, wo alle Beamten und Arbeiter eine Feuerungszulage für angebracht und notwendig erachten, kann auch der ehemalige selbständige Reichsbürger mit Recht die Forderung erheben, von denjenigen Lasten bei einem bescheidenen Einkommen befreit zu bleiben, die dies Einkommen unter das Existenzminimum herunterdrücken würden. Denn auch diese Personen, die den Ertrag ihrer Arbeit meist in Reichs- und Staatspapieren angelegt und sich mit deren geringen Zinsen begnügt haben, die keinerlei öffentlichen Kasse zur Last fallen, haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Es sollte daher eine Ehrenpflicht für die Reichsregierung sein, den Grundsatz zu proklamieren: Wer über 60 Jahre alt und im Besitze eines durch eigene Arbeit erworbenen Einkommens ist, welches heute als Existenzminimum geltenden Betrag nicht erreicht, ist frei von allen direkten Abgaben. Der Ausfall, der hier entsteht, kann un schwer durch stärkere Heranlebung des aus Zufalls-, Erbschafts- oder Spekulationsfällen zusammen gekommenen Vermögens ersetzt werden.

Die Feststellung der Herkunft des Vermögensbesitzes ist also für die gerechte Verteilung der Steuerhöhe unbedingt erforderlich. Sie ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit und ein soziales Erfordernis. Unsere ganze Steuerfreudigkeit, die schon heute recht gering geworden ist, würde verschwinden und der Verbitterung und dem Mismut darüber Platz machen, daß Personen, die sich nicht gekümmert haben, auf rummen Wegen zu ihrem Besitz zu kommen, in der Behandlung ihrer Pflichten gegenüber dem Reich der alten festen Tätigkeit der Arbeit vorgezogen werden sollen. Der Dank für eine solche milde Behandlung der Kriegsgewinnler und Spekulanten würde nur darin bestehen, dem drahtigen, aber nicht gerade sehr honetten Brundsay zu folgen: „Behalte, was du hast und nimm, was du kriegen kannst!“ Was die Reichskasse durch solche Anschauungen schon verloren hat, geht, wie jeder weiß, in die Millionen.

Das finanzielle Rückgrat für den Reichscredit bilden die großen Millionen-Unternehmungen. Das Rückgrat für die Arbeitsfähigkeit des einzelnen und damit für das Arbeitsleben überhaupt bildet der frühere solide Mittelstand, der nicht sterben darf, wenn er auch in seiner Existenz bedroht erscheint. Dann erwacht die Triebfeder für die Arbeitsfreude aller, die die Fische nicht unter fremden Fisch strecken und den Kopf hoch tragen wollen, weil sie etwas können. Das ist die Welt der Tüchtigen in der selbst-

ständigen Arbeit, die die Empfänger für die deutsche Willenskraft in der Produktion bilden. Diese Welt ist der Jugend offen zu halten.

Amerika und Deutschland.

Wie man drüben über uns denkt.

Ein deutscher Pressevertreter hatte mit dem gegenwärtig auf einer Informationsreise durch Deutschland befindlichen Professor Coar aus New York eine Unterredung über das Verhältnis Amerikas zu Deutschland. Die Stellungnahme Professor Coars ist deswegen bemerkenswert, weil er von Anfang an, bereits vor der Kriegserklärung Amerikas, ein scharfer Gegner Deutschlands war. Trotzdem ist er ein Gegner des Versailler Vertrages in seiner jetzigen Form und hält keine Abänderung in mindestens vier Punkten aus rein wirtschaftlichen Vernunftgründen für unbedingt erforderlich. Die vier Punkte sind: 1. Abschaffung der Sanktionen, 2. die Abschaffung des Ausfuhrzolles, 3. baldmöglichste Freigabe der besetzten Gebiete, 4. schnelle Regelung der oberösterreichischen Frage und zwar so, daß mindestens das industrielle Gebiet dem Deutschen Reich zugebilligt wird.

Bemerkenswert sind seine Worte über die gegenwärtige Stellung der öffentlichen Meinung in Amerika zu uns. Er sagte darüber u. a.:

Die öffentliche Meinung der Welt ist für Deutschland nicht günstig. In Amerika herrschte die Auffassung, als ob Deutschland, statt den Friedensvertrag zu erfüllen ihn auf jegliche Weise zu umgehen bestrebt gewesen wäre. Man hat sich gar keinen Begriff von den Schwierigkeiten gemacht, mit denen die Reichsregierung sich abzufinden hatte, besonders nicht von der völligen Umwertung aller früheren wirtschaftlichen Zustände. Mit bedingungsloser Bestimmtheit darf ich hoffen, daß nun die jetzige Stellungnahme Deutschlands in bezug auf die Erfüllung des Ultimatums einen sehr günstigen Eindruck in Amerika gemacht hat. Ueber die europäischen Diktanden, soweit Deutschland in Betracht kommt, hat sich noch kein Urteil in Amerika herausgebildet. Polen, Westpreußen usw. sind dem Amerikaner unbekannt geblieben. Für Polen besteht noch immer eine gewisse Sentimentalität, die darauf beruht, daß der Amerikaner das Polentum in Koszinski, Paderewski usw. verkörpert sieht. Der polnische Vorstoß jedoch gegen Wilna und ganz besonders die Korianty-Geschichte haben keinen guten Eindruck in Amerika gemacht. In Amerika hat man im allgemeinen kein Verständnis für die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch den polnischen Korridor entstanden sind. Mein politisch betrachtet erscheint die Trennung des deutschen Gebietes durch den polnischen Korridor als ein Un Ding.

Deutschenhaß herrscht in Amerika kaum, wohl aber eine gewisse Abneigung. Für das, was man vor dem Kriege als Deutschtum erkannt hatte, ist noch immer eine echte Bewunderung vorhanden. Ebenso für deutsche Energie im wirtschaftlichen wie im geistigen Leben, doch muß man noch immer zugeben, daß der Durchschnittsamerikaner sich über das ethische Bewußtsein des heutigen deutschen Volkes noch nicht klar geworden ist.

Hardings Völkerbundsplan.

Pariser Zeitungen erzählen, der amerikanische Delegierte beim Obersten Rat habe ironisch gelächelt, als der Vorschlag gemacht worden sei, die oberösterreichische Angelegenheit solle zur Begutachtung an den Völkerbundsrat überwiesen werden, und er habe hinzugefügt, diese Entscheidung interessiere Amerika nicht, erstens, weil es sie als eine rein europäische Angelegenheit betrachte, außerdem aber auch, weil es ausdrücklich abgelehnt habe, den Völkerbund anzuerkennen. Dadurch wurde die Welt wieder einmal daran erinnert, daß Präsident Harding seinen schon vor seinem Amtsantritt bekannt gegebenen Plan, im Gegensatz zum Völkerbund eine Gesellschaft der Staaten zu bilden, zu welcher jeder Staat ohne Ausnahme Beitrittsberechtigung erhält, nicht ausgegeben hat. Diese Gesellschaft der Staaten soll keine Agentur zur Vertretung politischer Geschäfte der Entente sein, sondern

eine Weisungsmacht mit unbeschränkter Freiheit des Handelsbetriebes der Mitglieder — besonders natürlich Amerikas — untereinander.

Diese Gründung scheint dem nordamerikanischen Staatsoberhaupt wichtiger zu sein, als selbst das Projekt seiner Abrüstungskonferenz, so wichtig, daß er sich selbst nicht scheut hat, dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George einen kleinen Rasenstüber zu erteilen. Diese interessante Geschichte ist sehr spät bekannt geworden, denn die englischen Zeitungen haben sie, wie alles auswärtige, das ihnen gegen den Strich geht, auf Weisungen aus der Downing-Street totgeschwiegen. Lloyd George hat nämlich wiederholt in Washington angeregt, vor der offiziellen Abrüstungskonferenz eine vertrauliche Verständigung von Vertretern aller englisch sprechenden Staaten und Kolonien abzuhalten, auf welcher die gemeinsamen Interessen festgelegt werden könnten. Dem leizenden englischen Staatsmann hatte es sich wohl darum gehandelt, Grundzüge festzulegen, die verhinderten, daß Englands Verbündeter, Japan, der in Amerika und in Australien nicht als Gentleman, sondern als Farbiger betrachtet wird, vor den Kopf gestoßen würde. Lloyd George soll sogar angeboten haben, seine Ferien in Amerika zu verbringen, um seinen Vorschlag eventuell unauffällig zu verwirklichen.

Aber rechnete der englische Staatsmann weitsehend, so rechnete der Amerikaner noch praktischer. Die Antwort, die aus Amerika kam, lautete dahin, alle englisch sprechenden Nationalitäten seien dem Präsidenten Harding natürlich sehr sympathisch, aber eine Sonderabmachung dieser Völkergruppen sei unmöglich, weil sie gegen die geplante Gesellschaft der Staaten, in der es keine Bevorzugungen geben sollte, verstoßen würde. So ist der Plan der internationalen englischen Konferenz denn fallen gelassen worden, weil Amerika seinen „geschäftlichen Grundzügen“ keinen Zwang antun wollte. Amerika braucht vor der Hand noch unbedingte Selbstbestimmung in Ostasien, und der Zeitpunkt für den Austrag der politischen Gegensätze mit Japan erscheint ihm noch nicht gekommen.

So schmerzhaft die Erkenntnis für Lloyd George und die anderen hohen Herren der Entente, die immer noch nicht daran glauben wollen, auch sein mag, es läßt sich eben nicht mehr wegleugnen, daß Amerika seit Hardings Antritt seine eigenen Wege geht und sich ausschließlich durch seine eigenen Interessen leiten läßt. Die Vera Wilson ist ein für allemal vorbei.

England und Oberschlesien.

Lloyd George über die Pariser Konferenz. Im Unterhause hielt Lloyd George am Dienstag die angekündigte Rede über das Ergebnis der Pariser Konferenz.

Er erklärte, es habe dort Fragen gegeben, die das Zusammenhalten der Allianz bedroht hätten. Große Verurteilung habe es daher hervorgebracht, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschlebung gefast worden sei, nach der die Allianz nicht nur fortbauere, sondern gefestigter dastehen, denn je. Auf die oberösterreichische Frage übergehend, sagte er, es gebe weite Kreise in Frankreich, die glauben, daß die Beugnahme der Kohlen- und Eisenlager von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei (!). Er halte dies für einen Irrtum. Bei der Volksabstimmung hätten sich sieben Elstel der Bevölkerung für Deutschland ausgesprochen. Die Meinungsverschiedenheiten gingen vor allem über das sehr wichtige Industriegebiet auseinander. Die Städte waren deutsch, die Dörfer polnisch, aber wenn man diese Gebirge als Ganzes betrachtet, wäre eine starke deutsche Mehrheit vorhanden. Die italienischen Sachverständigen waren derselben Meinung. Dagegen waren die Franzosen anderer Auffassung. Durch den Beschluß des Obersten Rates werde eine Verzögerung der Entscheidung unvermeidlich sein. Es werde auch nötig werden können, Verstärkungen abzugeben, um eine Wiederholung der Vorfälle des Vorsoommers zu vermeiden.

Die Entscheidung des Völkerbundes.

Zur Überweisung der Entscheidung an den Völkerbund sagte Lloyd George, es sei nicht seine Aufgabe, dem Völkerbundsrat zu diktieren, wie dieser sich mit dem Pro-

blem befassen solle. Er nehme jedoch an, daß der Rat nicht versuchen werde, sich selbst damit zu befassen, sondern daß er die oberösterreichische Frage an einen Ausschuss von Juristen verweisen werde. Es sei sehr wichtig, daß vor Eintritt in die Beratungen sich Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien verpflichten, die Entscheidung dieser vom Völkerbundsrat ernannten Körperschaft anzunehmen. Die Parteien würden zweifellos vor dem vom Völkerbund ernannten Gerichtstribunal erscheinen. Die Frage würde auf Grund der fundamentalen dokumentarischen Beweismittel verhandelt und das Urteil dementsprechend gefällt werden.

Die oberösterreichische Frage sei die wichtigste, die bisher an den Völkerbund verwiesen worden sei, dessen Ruf, Stellung und Einfluß zweifellos beträchtlich steigen würde, wenn er dieses außerordentlich verwinkelte Problem erfolgreich behandelte.

Weiter berichtete Lloyd George in seiner Rede über die Verhandlungen über die Aufhebung der „Sanktionen“ und sprach sich nochmals für Aufhebung aller Zwangsmassnahmen aus. Er berichtete ferner über die übrigen Beschlüsse des Obersten Rates, über die Neutralität im griechisch-türkischen Kriege und über die Hilfsaktionen für Rußland und Oesterreich.

Italien und die Pariser Beschlüsse.

Vor einer Konferenz von Pressevertretern gab der aus Paris zurückgekehrte italienische Ministerpräsident Bonomi Erklärungen über die Pariser Konferenz ab. Er wie der Außenminister Della Torretta hoben hierbei besonders die vermittelnde Rolle hervor, die Italien hierbei im Interesse der Einigkeit der Entente gespielt habe. Auf Italiens Initiative sei die Überweisung der Entscheidung an den Völkerbund zurückzuführen. In derselben Konferenz berichtete ferner der Finanzminister Soleri über die Ergebnisse der Finanzkonferenz, und Schatzminister de Nava sprach über die von Deutschland an Italien zu leistenden Zahlungen in natura, worüber er sagte, Italien wünsche solche Waren und Erzeugnisse, durch die den italienischen eine Konkurrenz nicht erwachsen könne.

Aufruf an die Oberschlesier.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben an die Bevölkerung Oberschlesiens folgenden Aufruf erlassen:

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider Erwarten nicht gefallen, der Spruch ist verurteilt worden. Die Leidenszeit des oberösterreichischen Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden. Es gilt in zäher Ausdauer weiter auszuharren.

Oberschlesier! Unsere Sache ist gerecht. Die Gerechtigkeit wird und muß siegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt Euch mit überwältigender Mehrheit für Deutschland ausgesprochen. Euer und des Reiches Wohl-ergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien beim Reiche verbleibt.

Oberschlesier! Ihr habt bisher trotz schwerster Herausforderungen musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigete Abwehr der Gewalttaten polnischer Anrager hat Euch die Welt nicht verargt. Bewahrt auch weiterhin die Selbstachtung, die Euch bisher ausgezeichnet hat! Laßt die frühe Ueberlegung nicht schwinden und laßt Euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die Eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würden.

Mit Euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen Euch und dem Mutterlande wieder fallen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet, zum besten Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas und des Friedens der Welt.

Geht es schon wieder los?

Trotz der großen Enttäuschung, die die Beschlüsse des Obersten Rates gebracht haben, ist die oberösterreichische Bevölkerung, auch die polnisch sprechende, sehr ruhig. Die Generalstreikethere der Polen war fast er-

rebnstlos. Die Unruhe stiftenden Elemente sind in der Minderzahl, es sind meistens die aus Kongresspolen herübergekommenen Anführer. Diese sind allerdings bemüht, auf jede Weise Unruhen hervorzubringen und die deutsche wie die polnische Bevölkerung aufzureizen. Besonders in den letzten Tagen machen sie sich wieder außerordentlich bemerkbar. So versuchten sie sogar in einer der letzten Nächte einen

Ueberfall auf Deuthen.

Insurgentenbanden, unterstützt von Mannschaften der Gmelinbewache Dohensinden, unternahmen einen vergeblichen Vorstoß gegen die Stadt, wobei zwei Deutsche verwundet wurden, darunter einer sehr schwer. Den Apobeamten gelang es, sechs Insurgenten zu ermitteln und zu verhaften. Sie wurden unter starker Bedeckung nach Deuthen abgeführt.

In der Nacht zum Montag kam es bei den Dörfern Sternalitz und Kosterlitz (Kreis Rosenberg) an der Grenze zu einem Gefecht mit regulären polnischen Truppen, denen es gelang, durch eine umfassende Bewegung die beiden Dörfer mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zu nehmen. Nach herbeigeleiteten deutschen Kräften gelang es, nach heftigen Kämpfen, bei denen auch Handgranaten verwendet wurden, die Polen über die Grenze zu treiben. Die Polen hatten 24 Tote und eine Anzahl Verwundeter.

Vorkerkungen der Engländer.

Auf Grund verschiedener Vorfälle waren Anzeichen vorhanden, daß in Deuthen ein örtliches Vorkerkungen ehemaliger Insurgenten stattfinden sollte. Die Engländer haben aus diesem Grunde besondere Vorkerkungen getroffen. Sie besetzten die Außenbezirke der Stadt, um Angriffe von polnischer Seite sofort zunichte zu machen. Polnische Beschwerden gegen die Verzögerung.

Nach einer „Havas“-Meldung aus Warschau hat die polnische Regierung den Vertretern der Mächte in Warschau eine Note überreicht, deren Text infolge der Entscheidung des Obersten Rates bezüglich Obereschlesiens im Ministerrat beschloffen worden sei. Der Text dieser Note sei noch nicht veröffentlicht. Man wisse nur, daß die polnische Regierung erklärt, daß diese unerwartete Entscheidung des Obersten Rates in Polen Erregung hervorrufe, weil das eine neue Vertagung der Lösung des obereschlesischen Problems sei. Die polnische Regierung lenke die Aufmerksamkeit der Mächte auf die möglichen Folgen einer neuen Vertagung.

Die Deutschen in Polen.

Selbst dem Vorkerkungsrat wird es zuviel. Wie wir zur Lage der deutschen Domänenpächter erfahren, hat der Vorkerkungsrat in Paris die polnische Regierung aufgefordert, die endgültige Anwendung der beabsichtigten Maßnahmen gegen die deutschen Domänenpächter, besonders was den Verkauf von Material und Vieh anbelangt, zu vertagen.

Polen hatte bekanntlich am 14. Juli 1919 auf Grund des Art. 156 des Friedensvertrages, der die Erwerbung der Kronrechte im abgetretenen deutschen Gebiet Polen zugeteilt, ein Gesetz erlassen, wonach der polnische Staat für alle Güter, die früher dem Hause Hohenzollern und dem preussischen Fiskus gehörten, als Inhaber einzutragen sei und sie lastenfrei übernehmen dürfe. Auf Grund dieses Gesetzes, das in vielen Bestimmungen im Friedensvertrag keine Grundlage findet, und deshalb deutscherseits nie anerkannt worden ist, wurden bei dem weitaus größten Teil der Domänenpächter Zwangsverwaltungen eingesetzt, obwohl diese den Eingriff in die schwebenden Verträge gerichtlich angefochten hatten. Ferner wurde zwangsweise Entfernung der Pächtern von den Gütern auf administrativem Wege vielfach angeordnet. Auch wenn diese letztere Maßnahme auf Anordnung von Warschau aus am 1. Juli rückgängig gemacht worden ist, so wurde dieser Widerstand bei den untergeordneten Organen keineswegs beachtet. Außerdem wurde von den neuen Pächtern auf gerichtlichem Wege Exmissionsklage eingereicht, die von den polnischen Gerichten mit ungewöhnlicher Schnelligkeit bearbeitet und von den gerichtlichen Exekutivbeamten noch schneller ausgeführt wurden.

Angesichts dieser Tatsachen bedeutet der Beschluß des Vorkerkungsrates offensichtlich eine wenn auch nur vorläufige Erleichterung für die deutschen Domänenpächter.

Wegen Deutschsprechens ermordet.

Die „Lodzer Presse“ meldet: Der 37 Jahre alte Hausbesitzer und Zäubermeister Karl Abramczyk, ein Deutscher, unterhielt sich auf der Straße mit Mitgliedern des Turnvereins in deutscher Sprache. Einige Polen traten auf die Deutschen zu und riefen: Verfluchte Schwaben, nach Berlin mit euch! Ein Pole stieß dem Deutschen ein langes Messer in den Bauch. An der schweren Verletzung starb Abramczyk. Die deutsche Zeitung in Lodz stellt fest, daß diese und andere Mordtaten der Polen nur die Folgen der maßlosen Deutschenhete der polnischen Presse seien.

König Peter von Serbien †.

König Peter von Serbien ist am Dienstagabend seinen langen Leiden erlegen. Mit ihm ist einer der Hauptschuldbildigen am Weltkrieg von der Bühne der Geschichte abgetreten. Peter war 1844 als Sohn des Fürsten Alexander des Ersten Karageorgewitsch geboren, der aber bereits 1859 von der Dynastie Obrenowitsch vom Thron verdrängt wurde. Das Haus Karageorgewitsch ging in die Verbannung, und Peter erhielt seine vollständige Ausbildung in Frankreich. Als französischer Offizier machte er auch den Krieg von 1870-71 mit.

Im Jahre 1903 wurde der serbische König Alexander der Zweite Obrenowitsch und die Königin Draga ermordet, und die Königsmörder riefen Peter Karageorgewitsch auf den Thron. Er nahm an und verstand sich durch geschickte Innenpolitik die Sympathie des Volkes, besonders aber der allmächtigen Offizierkassen zu gewinnen. Seine Außenpolitik gestaltete sich für den mit dem Dium des Königsmordes beauftragten Fürsten — nachzuweisen war ihm nichts — schwieriger. Doch stand er von Anfang an mit Frankreich und auch mit Rußland auf gutem Fuße. Sein Ziel war der Zusammenschluß aller Balkanstaaten unter serbischer Herrschaft. So richtete er seine Politik in erster Linie gegen Österreich-Ungarn, wo er bewußt auf die Völkertrennung der Kroaten, Slowenen, Bosnier und Herzegowiner mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln hinarbeitete, und gegen Bulgarien. In dieser Politik fand er in Petersburg und in Paris mächtige Stützen, so daß sich das kleine Serbien gegen Österreich und Deutschland ungestraft alles herausnehmen konnte. Bis der überspannte Bogen brach, als im Juni 1914 der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand von serbischen Verschwörern ermordet wurde. Aus der Kriegserklärung Österreichs an Serbien entwickelte sich dann plötzlich der Weltkrieg.

Im Kriege selbst hatte Peter alle Zufälligkeiten wechselnden Kriegsglücks durchzumachen. Die Kriegsführung selbst überließ er seinen Generalen, die politische Leitung bald seinem zweiten Sohn Alexander (der Kronprinz Georg hatte sich bereits früh durch allerlei tolle Streiche derart unmöglich gemacht, daß er bereits im Jahre 1909 auf seine Rechte verzichtete). Im Herbst 1918 wurde ganz Serbien in wenigen Wochen von den Heeren Madensens besetzt. Das Königshaus und die Regierung mußten Hals über Kopf fliehen. Die Strapazen dieser Flucht über die unwirtlichen Gebirge Serbiens und Albanien vermochte der greise König nicht mehr zu ertragen. Damals wurde der Keim zu der Krankheit gelegt, der er jetzt erlegen ist. Als König ohne Land residierte er dann unter französischem Schutz in Korsu, bis ihm plötzlich der Waffenstillstand den Traum seines Lebens erfüllte. Mit einem Schlag war er König nicht nur der Serben, sondern auch der Montenegriner, Kroaten und Slowenen, Bosnier und der Herzegowina, kurz fast aller Südslaven. Er selbst war aber schon ein gebrochener Mann, sein Sohn, der jetzige König Alexander, nahm als Prinzregent alle Herrscherrechte wahr. So konnte er die Früchte seiner Lebensarbeit zwar noch reifen sehen, sie aber nicht mehr genießen.

Deutsches Reich.

Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen. Die Reparations-Kommission hat die provisorische Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen beschlossen, um dem augenblicklichen deutschen Kohlenbedarf Rechnung zu tragen. Theoretisch wird zwar Deutschland weiterhin 2 200 000 Tonnen zu liefern haben, praktisch jedoch nur 1 600 000 Tonnen, von denen Frankreich und Luxemburg 1 100 000 Tonnen erhalten.

Die Zahlung am 31. August. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein ist, wie bekannt, an die Bedingung geknüpft, daß die zum 31. August fällige Milliarde in Gold von der deutschen Regierung gezahlt werde. Von zuständiger Seite ist schon mehrmals versichert worden, daß die Zahlung sichergestellt sei. Weniger unterrichtet ist die Öffentlichkeit über die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die Reichsregierung bei der Beschaffung der fremden Devisen zu kämpfen gehabt hat. Trotz dieser Widerstände ist es aber, wie die „Voss. Zig.“ meldet, gelungen, die notwendigen Devisen sicherzustellen. Die Milliarde Goldmark wird am 31. Aug., vielleicht auch schon einige Tage früher, voll gezahlt sein.

Verlängerung der Polizeistunde. Das Reichskabinett hat sich in seiner Sitzung am Montag u. a. auch mit der Verlängerung der Polizeistunde beschäftigt, weil diese von dem Ausfall der Entscheidung über Obereschlesien abhängig gemacht wurde. Wie die „V. Z.“ meldet, hat das Kabinett die Verordnung des Bundesrats, nach der für das gesamte Deutsche Reich die Polizeistunde nirgends länger als bis halb-zwölf Uhr während durfte, aufgehoben. Die Veröffentlichung des Beschlusses dürfte alsbald erfolgen. Im übrigen hatten die Be-

ratungen der Reichsregierung in der Hauptsache natürlich dem obereschlesischen Problem.

34 Gefangene von Avoignon freigelassen. Der Gefängnisverwaltung von Avoignon ist, wie jetzt gemeldet wird, am Montag vormittag eine ministerielle Verfügung zugegangen, 34 Deutsche, 3 Jugoslawen, 1 Ungar und 2 Türken, die wegen angeblicher Vergehen gegen das allgemeine Recht bestraft worden waren, freizulassen. Der Kommandant des Militärgefängnisses hat sofort die Rückkehr der bei Marinearbeiten in Cuers-Pierrefeu und bei der Verwaltung der Wasser und Wälder des Agays beschäftigten Gefangenen angeordnet. Die deutschen Gefangenen werden nach Mannheim geschickt werden.

Versprechungen beim Reichskanzler. Der Reichskanzler hatte eine längere Versprechung mit den Parteiführern des Reichstages, an der alle Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Kommunisten teilnahmen. Bei dieser Versprechung wurde die allgemeine innen- und außenpolitische Lage erörtert. Unter den zur Debatte stehenden Tagesfragen nahmen die obereschlesische Frage und namentlich die großen Steuerfragen einen besonders breiten Raum ein. — Vereinbarungen über die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses oder über den Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages sind anscheinend auch hierbei noch nicht getroffen.

Der Reparationsausfluß des Reichswirtschaftsrates trat am Donnerstag zur Beratung der neuen Steuern zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme der Berichte des Unterausschusses für die Beratung der Gezeugwürfe über die Erhöhung der Leuchtmittelsteuer, der Zündwarensteuer, der Biersteuer, der Mineralwassersteuer und der Tabaksteuer, und gegebenenfalls des Unterausschusses für die Beratung des Gezeugwürfs über Erhöhung der Kohlensteuer. Ferner soll der Gezeugwurf über die Erhöhung von Zöllen (Kaffee, Tee, Kakao usw.) weiter beraten werden.

Ein Brief Hindenburgs an Ludendorff. Anlässlich der von der Staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft am vorigen Sonntag veranstalteten Begrüßungsfeier in der Stadthalle in Königsberg verlas General Ludendorff folgenden an ihn gerichteten Brief des Generalfeldmarschalls Hindenburg:

Mein lieber Freund! Wenn wäre ich nach Königsberg gekommen. Aber meine kaum noch zu bewältigende tägliche Korrespondenz, die Pflege meiner geliebten Frau und der Schmerz um ihren Verlust haben meine Kräfte derartig beansprucht, daß ich etwas Ruhe nötig habe. Ich sitze daher still bei meinen Kindern Brodhußen. Aber in Gedanken werde ich am 13. und 14. neben Ihnen stehen, der Erinnerung an vergangene große Zeiten und der Hoffnung auf Wiederkehr der alten Herrlichkeit lebend. Grüßen Sie meine braven Ostpreußen und sagen Sie ihnen, daß ich seit auf ihre so oft schon in schwerer Zeit bewährte Treue zähle und insbesondere mit Dankbarkeit im Herzen der Mitkämpfer von Tannenberg gedächte. Daß Sie unter diesen in meinem alten Herzen den ersten Platz einnehmen, das brauche ich Ihnen wohl eigentlich nicht besonders auszusprechen. Mit Ihrer Mahnung zur Einigkeit bin ich selbstverständlich ganz einverstanden. Nur durch sie gewinnen wir Kraft zum Wiederaufstehen.

Bedingungen für die Rückkehr obereschlesischer Flüchtlinge. Das Deutsche Reich teilt folgenden mit: Die Interalliierte Kommission gestattet jetzt nicht mehr die Rückkehr der Flüchtlinge auf Grund eines Flüchtlingscheines; vielmehr muß sich der Flüchtling an den zuständigen Kreisfunktrollen mit einem Gesuch wenden, in dem er um Einreisegenehmigung und Erteilung eines Visums bittet.

Die Rechnung stimmt nicht ganz, welche die Reichsregierung über den Fortfall der finanziellen Subvention zum Getreide- und Brotmehl-Einkauf in Auslande, besonders in Amerika, aufgestellt hat. Sie sagte, wegen der Finanznot des Reiches können wir diese etwa acht Milliarden jährlich nicht mehr ausgeben. Sparen wir denn diese Milliarden wirklich? Nein! Die Beamten und Arbeiter verlangen infolge der Brotvertuerung neue Zulagen, die doch aus der Reichskasse gezahlt werden müssen und sehr wahrscheinlich mehr ausmachen werden, als die Subvention betrug. Daß viele Leute, die keine Zulagen erhalten, das Brot auch teurer bezahlen müssen, kommt noch hinzu. Es stimmt ja, daß nicht nur das Brot teurer geworden ist, aber der neue Brotpreis war das Signal, nach dem sich alles richtet.

Der Parteitag der S. P. D. Der „Vorwärts“ veröffentlicht jetzt die offizielle Ankündigung des diesjährigen sozialdemokratischen Parteitages. Er beginnt Sonntag, den 18. September, in der Stadthalle in Götting. Außer den üblichen geschäftsvorbereitungsmäßigen Berichten und Wahlen sieht die Tagesordnung ein Referat Hermann Müllers über die Wirkungen des Versailleser Vertrages und den Bericht Mollenhuths über das neue Parteiprogramm vor. Gleichzeitig mit dem Parteitag findet ein sozialdemokratischer Reichsfrauenitag in Götting statt.

Der Bundesausfluß des Deutschen Beamtenbundes hat in der Frage des Au-

sammengehens mit dem A. D. G. B. eine Vertagungsresolution angenommen. Der Beamtenbund will also seine Neutralität aufrecht erhalten.

Anträge des vorläufigen Reichspräsidenten über Einlösung der Reparationsguthabene bilden die Unterlage für Verhandlungen mit England.

Die Einberufung der verfassunggebenden preussischen Kirchenversammlung ist nunmehr endgültig auf den 24. September dieses Jahres festgesetzt.

Der deutsche Professor Binyweiler vom Lyzeum in Mainz ist zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt worden.

Ausland.

Die Berechnung der Saargruben. Der Beschluß der interalliierten Finanzkonferenz, daß der Wert der Saargruben Frankreich mit 300 Millionen Goldmark angerechnet werden soll, wird in der Pariser Presse sehr ausdrücklich erörtert. Diese Anrechnung bedeutet, daß Frankreich den Alliierten eine Summe schuldet, die es im Verhältnis zu den Leistungen, die diese empfangen, zu viel erhalten hat, daß es diese Summe mit 3 v. H. zu verzinsen und bis 1. November 1925 in Jahresraten abzuzahlen hat. Der Beschluß der interalliierten Finanzkonferenz stützt sich auf die Vereinbarungen von Spa; in französischen Regierungskreisen wird aber bezweifelt, daß er diese Vereinbarungen richtig auslegt. Wie der „Matin“ wissen will, ist es kaum wahrscheinlich, daß die französische Regierung alle Beschlüsse der Finanzkonferenz ratifizieren wird, da die in Frage kommenden Vereinbarungen die von Deutschland an Frankreich zu leistenden Zahlungen noch hinauschieben würden.

Fünfkirchen. Die serbisch-kommunistische „Republik Baranga“. Die Nachrichten, die über die angebliche Ausrufung der Republik Fünfkirchen vorliegen, weichen sehr stark voneinander ab, je nachdem sie aus ungarischer oder aus serbischer Quelle stammen, doch scheint festzustehen, daß die zumeist kommunistischen Arbeiter der dortigen Kohlengruben bei der jetzt zu vollziehenden Uebergabe des Gebietes aus südslawischen in ungarischen Besitz die Sache der anti-kommunistischen Horthy-Regierung unterstützen. Sie haben denn auch bereits von dem englischen Obersten Goffet von der Interalliierten Kommission in Budapest Schutz erbeten. Bei einer Rückfrage, die dieser mit dem ungarischen Außenminister Banffy führte, gab dieser zu, daß die ungarische Regierung eine Liste der radikalen Sozialisten von Fünfkirchen in Händen habe, und daß diese bestraft werden sollten. Aus dieser Sachlage heraus scheint sich jetzt die meist slawische Grubenarbeiterschaft — die Bürgererschaft von Fünfkirchen ist ungarisch — nach Belgrad gewendet zu haben. Es wird berichtet, daß zahlreiche ungarische Flüchtlinge die Demarkationslinie überschreiten, weil sie den Ausbruch blutiger Unruhen in Fünfkirchen und Umgebung befürchten. Tatsächlich scheinen sich die Kommunisten zum bewaffneten Widerstand zu rüsten, wenn die Serben abziehen und ungarische Truppen dieses Gebiet besetzen sollten. Zum Präsidenten der neuen Republik ist beziehungsweise Graf Karolyi gewählt worden, der 1918 Ungarn in die Hände der Kommunisten spielte.

De Valera erklärt Irlands Autonomie. In Dublin trat der „Dail Eirean“, das irische Parlament, unter gewaltigen Kundgebungen der dichtgedrängten Volksmassen zu seiner Eröffnungssitzung zusammen. Den irischen Führern wurden begeisterte Huldigungen dargebracht. De Valera führte in seiner Rede aus, nur auf der Grundlage der Anerkennung der Republik könne die Regierung mit einer auswärtigen Macht (England D. Red.) verhandeln. Wir stehen fest bei diesem Grundsatze,“ so erklärte De Valera, „und sind bereit für ihn zu sterben, falls es nötig ist.“ Diese Rede De Valeras hat im englischen Kriegsministerium große Verurteilung hervorgerufen. Man hatte von Seiten der englischen Regierung, wie dort erklärt wurde, versucht, die Tür für den Frieden immer noch offen zu halten. Nun hätte die Erklärung der irischen Unabhängigkeit wie eine Bombe eingeschlagen. Alle Soldaten, die in den für Irland bestimmten Regimentern auf Urlaub waren, sind telegraphisch nach dem Truppenübungsplatz Aldershot zurückgerufen worden.

35 Millionen Hungernde in Rußland. Im Unterhause teilte Harmsworth den Bericht des offiziellen britischen Vertreters über den Umfang der Hungersnot in Rußland mit. Dieser schätzt, daß für ungefähr 35 Millionen Menschen Hilfe nötig ist. Lloyd George sagte, daß die britische Abordnung für das Internationale Hilfskomitee, das vom Obersten Rat gebildet werden soll, zweifellos in Kürze ernannt werden wird. — Der dieser Tage in Berlin verfallende internationale Kongress der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale beschloß eine Zusammenfassung der bereits im Gange befindlichen Sammlungen. Die auf diese Weise zentralisierten Fonds sollen soweit möglich zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden. Eine erste Expedition soll sofort nach Rußland entsandt und eine

Summe von 1 Million Mark aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt werden.

Türkei.

Die Lage an der griechisch-türkischen Front. Der Korrespondent des „Exchange Telegraph“ in Konstantinopel meldet, daß die Griechen sich wieder eingenommen haben. Andererseits meldet der Korrespondent der „Times“, daß die Kemalisten beschlossen haben, sich zurückzuziehen, um einen allgemeinen Angriff zu vermeiden und nötigenfalls die Hauptstadt zu räumen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Griechen nicht die Absicht haben, Angora zu besetzen. Nach dem Korrespondenten des „Petit Parisien“ ziehen sich die Türken in Eile nach dem Fluße Sengaria zurück. — Der „Times“ wird aus Smyrna gemeldet, daß die griechischen Truppen auf der Linie Montra-Kaiz-N-Kupru weiter vormarschieren, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Der frühere Führer der Aldeutschen Oesterreichs Georg v. Schönerer ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

Aus Sutar wird gemeldet, daß die Miriditen in westlicher Richtung auf Bulgari vorgedrückt sind und die Verbindung zwischen Sutar und Tirana zu zerstören drohen. Es sind drei Bataillone ausgesandt worden, um den Aufstand zu unterdrücken.

Harding hat dem Kongress vorzuschlagen, einen Betrag von 200 000 Dollar für die Kosten der Abrüstungskonferenz zuzugestehen.

Chamberlain hat im englischen Unterhaus mitgeteilt, daß die englische Regierung beabsichtigt, die Ausfuhr von giftigen Gasen und Granaten sowohl nach Griechenland als auch nach der Türkei zu verbieten.

Im Juni wurden 20 201 Ausländer in den Vereinigten Staaten naturalisiert, wovon 4000 Deutsche waren. Die Zahl der Oesterreicher betrug 14 000, der Italiener 3500, der Engländer 3300.

Amerikanische amtliche Kreise erklären gegenüber Zeitungsmedien, daß ihnen von einer bevorstehenden Finanzkonferenz in Washington nichts bekannt sei.

Heimatlides.

Nastätten, 19. August 1921.

Ermittelt. Wie berichtet, sind vor einigen Tagen mehrere Geschäfte von hier nicht unerheblich um Kleidungs- und Wäschefstücke betrogen worden. Als die in Frage kommende Person stellte sich bald die in Vogel bedienstete gewesene 18jährige Erna Hinz aus Halberstadt heraus. Denn sie war eines Tages plötzlich verschwunden in einem Kleide ihrer Dienstherrin und unter Mitnahme deren Passes. Nachdem sie bei einer fahrenden Künstlertruppe in Holzhausen willkommene Aufnahme gefunden hatte, wurde sie in Singhofen, wohin die Verdorbene derselben gefolgt war, von der Polizei ermittelt und festgenommen. Die jugendliche Unverbesserliche führte man erneut der Bopparder Erziehungsanstalt zu.

Woran erkennt man die Großstadtmädel? Diese Frage beantwortet in ernsthafter Weise die Siegener Staatsanwaltschaft in einem Ausschreiben, in dem es also heißt: „Vauke hebwig, geb. 19. 4. 97 in Berlin, zuletzt in Siegen wohnhaft, jetzt vermutlich in Frankfurt a. M., zierliche Haare blond, Gang und Haltung eines Großstadtmädchens. . . . Leiber verrät die Staatsanwaltschaft nicht, wie Gang und Haltung eines Großstadtmädchens sind.“

Fogtrott-Dämmerung. Die Anhänger des deutschen — Tanzes und es gibt noch solche — sind seit langem zu ohnmächtiger Resignation verurteilt. Sie wissen, daß die exotischen Tanzmanieren ihre Herrschaft unter dem Zepher der Tyrannin Mode ausüben — was mag da noch zu wollen sein? Um so erfreulicher ist es, daß gerade in Fachkreisen zuverlässigere Anschauungen über ein holdiges Abflauen der Tanzerotik Platz gegriffen haben. Dreihundert deutsche Tanzlehrer haben sich gelegentlich des neunzehnten Bundestages des Bundes Deutscher Tanzlehrer, Eich Hamburg, in Frankfurt a. M. versammelt. Vorträge und Gespräche ließen erkennen, daß man sich der festen Hoffnung auf eine baldige „Fogtrott-Dämmerung“ hingibt. Und mehr als das. Der Bund Deutscher Tanzlehrer setzt sich mit allen Mitteln für die Wiedereinführung der deutschen Tänze ein. Den Schimmelpilzen gleichsam zum Trost, sollen über Walzer und Rheinländer hinaus die ältesten deutschen Tänze wieder zur Geltung gebracht werden. Deutsche Volkstänze, Tänze nach Volksliedern in Ländlerart und der Ländler selbst in erneuter Form, das sind die hauptsächlichsten Programmpunkte. Es wird also zum Kampfe kommen zwischen dem Ländler und den klassisch-afrikanisch-amerikanischen Bar-, Grottest- und Gliederverrenkungsstänzen. Es wird ein schwerer Kampf sein, aber wir wollen hoffen, daß der Sieg recht bald den neuen Ländlerformen und ihren heimischen Bundesgenossen, dem Walzer und Rheinländer, gehört.

Miehlen, 18. Aug. Daß in anderen Ländern auch Feste gefeiert werden, zeigte ein kleiner Luftballon, welcher vorgestern in unserer Gemarkung niederhing. Derselbe war am letzten Sonntag in einer Stadt in Belgien aufgelassen, wo ein Fest für die gefallenen Krieger veranstaltet wurde, zum Bau eines Denkmals.

Singhofen, 17. Aug. Zu dem Dekanatsmissionsfeste, das am vergangenen Sonntag in Singhofen abgehalten wurde, hatte sich trotz der Ungunst der Witterung eine stattliche Zahl von Festgästen aus Nah und Fern eingefunden, sodaß das geräumige, festlich geschmückte Gotteshaus kaum deren Zahl zu fassen vermochte, eine in dieser materiellen Zeit erfreuliche Erscheinung, die ersichtlich ein Wiedererwachen des Sinnes für religiös-sittliches Leben dokumentiert.

Obertiefenbach, 19. Aug. Außerordentlich hohe Pachten sind dieser Tage bei der Güterverpachtung des Philipp Bilo (Coblenz) erzielt worden. Für einen Acker von 50 Akuten wurden beispielsweise 230 Mark Pacht gelöst. Pächter dieses Ackers ist Landwirt Adolf Knorr.

Holzhausen, 19. Aug. Nachdem die Vorbereitungen zur Errichtung eines Denkmals, zur Ehre der Gefallenen hiesiger Gemeinde, soweit vollendet sind, wird nunmehr die Einweihung desselben am Sonntag, den 28. August ds. Js., auf dem hiesigen Friedhofe stattfinden.

Egenroth, 18. Aug. Gutspächter W. Weidmann aus Kloster Gronau erlegte von einem Hochstand aus durch wohlgezielten Schuß ein Wildschwein (Eber) in einem Kornacker. Das Tier hatte ein Gewicht von zwei Zentner. Weidmannsheil!

Mudershausen, 19. Aug. Sonntag, 21. August, findet hier die althergebrachte Stoppelreife statt. Auch diesmal dürfte dieselbe ihre Anziehungskraft nicht verfehlen.

St. Goarshausen, 18. Aug. Auf der Loreley erschossen hat sich der 21jährige Kaufmann Wahl aus Brauweiler.

St. Eltville, 18. Aug. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, den Bischof Dr. Augustinus von Limburg zum Ehrenbürger von Eltville zu ernennen. Der Bischof ist ein geborener Eltviller.

Langenschwalbach, 18. Aug. Sprechstunden für Handwerker und Gewerbetreibende werden im hiesigen Landratsamt eingerichtet, in denen Auskunft in Rechtsfragen erteilt wird.

Limburg, 18. Aug. In einem Hirten schreiben fordert der Bischof von Limburg die Erhaltung der christlichen Konfessionschule, die einzig und allein berufen sei, den positiv glaubenden Volksteil der christlichen Konfessionen zu erweitern und zu befestigen.

Bad Homburg, 18. Aug. Nachströfe sind bereits im Taunusgebiet zu verzeichnen. In Oberreifenberg, am Fuße des Jellberges zeigte das Thermometer als Minimum ein Grad unter Null.

Hachenburg, 18. Aug. In Dernbach erkrankte der 22jährige Peter Alf. — In Siershahn wurde der Tongraber Jakob Weinand III. verschüttet. — In Ibenstadt stürzte der 70jährige Peter Rebel vom Erntewagen und war sofort tot.

Vermischtes.

Ein Marmorarkophag für die verstorbene Kaiserin. Im Antikentempel im Park Sanssouci zu Potsdam, der als Grabstätte der früheren Kaiserin Bestimmung gefunden hat, ist jetzt ein Marmorarkophag aufgestellt worden, der den Sarg der Toten umschließt. Der Sarkophag — nach einem Entwurf des Kaisers aus schwarzem Marmor hergestellt und ohne jeden Schmuck gehalten.

Schäfer Ast ist tot. In Naddbruch bei Wiefen ist der bekannte Kurpfuscher und „Wunderdoktor“ Schäfer Ast im Alter von 73 Jahren gestorben. Diesmal aber wirklich. Bekanntlich ging vor einer Reihe von Jahren schon einmal die Nachricht von seinem Tode durch die Blätter; sie stellte sich damals aber bald als „ein wenig übertrieben“ heraus. Schäfer Ast hat es durch seine „Wunderkuren“ mit ein paar ganz harmlosen Mitteln, für die er Tausende von Leichtgläubigen und Dummen fand, die auf ihn schworen, zum Millionär und Rittergutsbesitzer gebracht und konnte sogar seinen Sohn studieren lassen — Weibsin natürlich.

Deutsche Kinder in der Schweiz. In Bern traf wieder ein Sonderzug ein, der über 700 deutsche Kinder, dazu noch einige hundert im Auslande wohnende schweizerische Kinder zu mehrwöchigem Aufenthalt nach der Schweiz bringt. Die deutschen Kinder werden zum Teil in Freiplätzen in schweizerischen Familien, zum Teil in den Heimen der schweizerisch-deutschen Hilfskommission für notleidende deutsche Kinder untergebracht. Es ist dies der 60. Zug, den diese segensreich wirkende Vereinigung in Gemeinschaft mit ihrer von Professor Dr. Abderhalden geleiteten deutschen Zentralkommission in Halle a. S. organisiert hat. Nach und nach sind in der Schweiz auf diese Weise über 25 000 deutsche Kinder untergebracht worden. Darunter befindet sich eine erhebliche Anzahl von tuberkulösen Kindern, die durch Kuren von drei Monaten bis zu einem Jahre in den Heimen der schweizerisch-deutschen Hilfskommission gerettet werden können. Die dafür notwendigen Geldmittel wurden hauptsächlich in Amerika, außerdem auch in England, Dänemark und Spanien aufgebracht. Ehrenpräsidenten der schweizerisch-deutschen Hilfskommission sind der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, und der schweizerische Gesandte in Berlin.

Polnische Schandtat an Mädchen. Auf einem Dominium des Kreises Wleka wurde

das Frauenklosterhaus, worin 14 junge Arbeiterinnen schliefen, nachts von einer polnischen Bande überfallen. Sämtliche Mädchen wurden von den Banditen vergewaltigt. Der Apo ist es bisher noch nicht gelungen, auch nur einen der Täter zu ergreifen. Die gemeine Tat verursacht unter den Landarbeitern außerordentliche Erregung.

Der Zusammenbruch der Sportkongerze und Weltbanken ist unaufhaltsam. Jetzt hat einer der größten Konzerne dieser Art, der über das ganze Reich verbreitete Karl-Röhm-Kongern seine Liquidation angemeldet. Weizen Umfang dieser Zusammenbruch hat, ist daraus zu ersehen, daß Röhm Aktioposten in Höhe von 37 Millionen Mark anmeldet, das Defizit muß demnach Hunderte von Millionen betragen. Da Röhm Vorsitzender des samolen „Schuyverbandes der Sportbanken“ war, sind mit diesem Zusammenbruch auch alle anderen diesem Verbande angehörigen Unternehmungen erledigt. Jetzt endlich, nachdem Tausende von Kleinbürgern — Dumme finden sich ja immer mehr als genug — geschädigt worden sind, wird wohl auch die Staatsanwaltschaft eingreifen.

Bestfälle in Paris. In den letzten einhalb Monaten sind in Paris vier Bestfälle festgestellt worden. Drei Personen sind durch Serum behandelt worden und bereits genesen; die vierte soll sich ebenfalls auf dem Wege der Besserung befinden.

Ein radfahrender Räuber überfiel auf der Hülser Landstraße die Büroangestellte Maria Hahn und raubte ihr eine Aktienmappe mit 46 000 Mark. Ein Telegraphenleitungsarbeiter verfolgte den Räuber auf seinem Rade, erlitt jedoch eine Panne, so daß es dem Räuber gelang, zu entkommen. — Auf dem Wege zur Grube „Kardinalskreuz“ bei Bentzen wurde ein Geldtransport von zwölf Räufern überfallen, die 700 000 Mark raubten und nach Schomberg flüchteten. Mehrere Räuber wurden einwandfrei erkannt.

Eine Geldtragödie ergreifender Art wird aus Osterburg (Bezirk Magdeburg) berichtet. Ein dortiger Ackerbürger hatte seine nach Großstädten verheirateten Töchter erheblich unterstützt, während er seinen zu Hause verheirateten Sohn ziemlich knapp hielt. Der Sohn, ein fleißiger Mann, der die ganze Arbeit in dem väterlichen Anwesen leistete, nahm sich das so zu Herzen, daß er sich in einem Stalle erhängte, nachdem er das darin befindliche Heu in Brand gesteckt hatte. Als man auf das Feuer aufmerksam wurde, fand man den Sohn halb verkohlt zwischen den Flammen liegen. Das Feuer hatte den Strick, an dem sich der Unglückliche erhängt hatte, vernichtet, und der Körper war herabgefallen.

Schweres Unwetter an der württembergisch-bayerischen Grenze. An der württembergisch-bayerischen Grenze ging ein schweres Unwetter nieder. Besonders hart wurden die Orte Dillingen und Holzheim betroffen. Der Hagel lag streckenweise ein Viertel Meter hoch. Zahlreiche Fuhwerke wurden auf der Straße zwischen Dillingen und Holzheim in den Straßengraben geworfen und demoliert. Die Kartoffelfelder sind wie abgerast. Während des Unwetters herrschte eine Dunkelheit, daß man kaum einen Meter weit sehen konnte. Viele Personen wurden verlest. Ein dreizehnjähriges Mädchen wurde von einem umgerissenen Heuwagen erdrückt. Ein sechzehnjähriger Junge wurde durch einen umstürzenden Wagen getötet.

Todessturz mit einem Segelflugzeug. Bei Gersfeld (Röhn) stürzte aus 600 Met. Höhe der bekannte Jagdfliegersführer Leutnant d. R. Wilhelm Leusch aus Neus mit dem Segelflugzeug tödlich ab. Mit dem glänzend begonnenen Segelflug hatte er als erster in ganz überraschender Weise die Lösung des Segelflugproblems dargetan.

Absturz eines Reiseflugzeuges. Ein Flugzeug der Rumpferwerke, das den Passagierverkehr Berlin-Leipzig-München besorgte, kam während des starken Gewitters in einen Wirbelsturm. Der Führer wollte in der Richtung auf Freising zur Erde gehen. Bei diesem Versuche stürzte das Flugzeug bei Erding aus 50 Meter Höhe ab und wurde vollständig zertrümmert. Hinzueilende Personen zogen unter den Trümmern den Flugzeugführer Emmerich sowie die beiden Reisenden, den Fabrikanten Konrad Bohn und dessen Ehefrau aus Leipzig-Connewitz, die sich auf einer Erholungsreise nach Bayern befanden, tot hervor.

Ein gräßlicher Raub- und Lustmord wurde an einem 17jährigen Mädchen in Erischhofen begangen. Die Lehrerstochter Kappelmeier wurde von dem Gastwirt A. in sein Haus gelockt und mit einer Schaufel betäubt, in den Keller geschleppt, dort mißbraucht und nach harten Gegenkämpfen durch Abschneiden des Halses getötet und ihrer Wertschaft sowie eines Rades beraubt. Der Mörder konnte verhaftet werden und ist geständig.

Der Papierpreiszuschlag bei Postkarten. Die von der Postverwaltung neu ausgegebenen Postkarten tragen neben dem Verzeichnis den Aufdruck „Papierpreiszuschlag 5 Pfg.“ Dieser Zuschlag ist bekanntlich seit März d. J. eingeführt und soll der Postverwaltung einen Ausgleich dafür bieten, daß sie dem Versender auch den Kartenvordruck zur Abrechnung der Mittelstaaten

liefert, denn die eingedruckte Marke stellt nur die Gebühr für die Beförderung der Karte nach dem Postgebührengefeß dar. Der Papierpreiszuschlag von 5 Pfg. enthält nicht nur die Kosten des Papiers, sondern auch alle sonstigen Aufwendungen, die bei der Herstellung der Postkarte, abgesehen von dem Abdruck des Wertstempels, entstehen, also namentlich auch die Kosten für Abfall, Beschnitt, Zuschuß, Ausschuß, Lagerung usw. In der Bezeichnung des Zuschlages konnte dies alles nicht zum Ausdruck kommen, weil aus naheliegenden Gründen eine möglichst kurze Angabe zu wählen war. Der Durchschnittsbetrag der Selbstkosten war dann, den jetzigen Geldverhältnissen entsprechend, auf den Betrag von 5 Pfg. anzurunden. Die Annahme, daß dieser Papierpreiszuschlag lediglich in der Höhe der Papierpreise begründet sei, wäre demnach irrig.

Festchen mit Postfreimarken. Der Absatz an Freimarkenhelfchen ist in letzter Zeit auffällig zurückgegangen. Dies läßt vermuten, daß in den Kreisen der Postbenutzer die Kenntnis von dem Vorhandensein solcher Festchen zu wenig verbreitet ist. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Freimarkenhelfchen an allen Postkäufern zum Nennwert ihres Markeninhalts, also ohne Ausschlag, zum Verkauf bereitgehalten werden. Der Preis der Festchen beträgt jetzt 8 Mark, bei der bevorstehenden neuen Auflage wegen der darin enthaltenen Marken nach dem jetzigen Gebührensatz 12 Mark. Die Vordräge der Festchen liegen auf der Hand. Sie enthalten die für den privaten Briefverkehr des Besitzers erforderlichen gangbaren Markenforten in angemessener Zahl und sind namentlich auf Reisen oder wenn spät abends oder in früher Morgenstunde nach Schluß der Postämter oder Ladengeschäfte ein eiliger Brief abgefaßt werden soll, von großem Nutzen. Auch zu Zeiten des Mangels an Kleingeld leisten die in den Festchen befindlichen Briefmarken gute Dienste.

In den Bäderläden ging es in den ersten Tagen dieser Woche ziemlich unruhig zu. Der neue Brotpreis war in Kraft getreten und brachte erhebliche Mehrerträge. Die Frauen aus den breiten Volksklassen schienen auf einen Glücksfall gerechnet zu haben, der ihnen in letzter Stunde billigere Preise bringen würde, und als das nicht eintrat, gab es einen lauten Wortkampf.

Handel und Verkehr.

Das andauernde Fallen der Mark, die jetzt schon auf weniger als 5 Pfennige des Friedenswertes gesunken ist, erregt nicht nur in Deutschland Besorgnis, sondern auch in den Ländern mit hoher Valuta. So schreibt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, der Marksturz habe an den deutschen Börsen eine wilde Panik hervorgerufen, aber an den anderen Börsen betrachte man mit Unruhe das fortdauernde Sinken. Deutschland könne nun mit allen Ländern, vor allem auf industriellem Gebiet, konkurrieren. Das ganze Arbeitsleben müsse das bald fühlen. Man frage sich, ob es möglich sei, ein Mittel zur Abwendung des Falles der Mark zu finden und normale Zustände herbeizuführen. Vor allen Dingen leide Holland unter der deutschen Konkurrenz. Die amerikanischen Finanzkreise vertreten die Ansicht, der Sturz der Mark hänge mit der Vermehrung des Notenumlaufs in Deutschland zusammen. Jedenfalls müßte man hoffen, daß Kreditverhandlungen mit amerikanischen Firmen in Berlin zu einem Resultat führten.

Die Zuckergewinnwirtschaft. Der Unterausfluß für Landwirtschaft und Ernährung des Reichswirtschaftsrates hat sich in einer Entschlieung für die Aufhebung der Zuckergewinnwirtschaft zum 1. Oktober 1921 ausgesprochen. Die Entschlieung verlangt ferner, daß das Zuckereinfuhrverbot und das Zuckerausfuhrverbot bis auf weiteres aufrechtzuerhalten sind, da eine Zuckerrubenernte in Aussicht stehe, mit deren Ergebnis der deutsche Zuckerbedarf gedeckt werden könne.

Eröffnung der Königsberger Messe. Die dritte Dinstage in Königsberg ist Dinstag in Anwesenheit der preussischer und litauischer Staatsbehörden in feierlicher Weise eröffnet worden. Die Messe, besonders für die Landwirtschaft gut besichtigt, ist gut organisiert und weist bereits eine reiche Besucherzahl auf. Der Verkauf läßt sich befriedigend an, die Preise steigen lebhaft.

Keine Getreideausfuhrsperrre Bayerns. Auf das Eruchen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr um Anwendung der in § 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichs ernährungsminister eingeräumten Befugnisse hat sich das Reichs ernährungsministerium, wie bereits mitgeteilt, ablehnend verhalten. Ein diesbezüglicher Bescheid ist seitens der Reichsregierung der bayerischen Regierung zugegangen. Das Reichs ernährungsministerium hält eine Abschlieung Bayerns in der Getreidewirtschaft nicht für notwendig, da die Getreideaufkufe in Bayern keinen größeren Umfang angenommen haben, als in den anderen Ländern, und weiter die Gefahr eines Ueberschreitens des Weltmarktpreises besetzt worden ist. Es besteht also in keiner Weise Veranlassung, Deutschland nicht als einheitliches Wirtschaftsgebiet weiter besetzen zu lassen.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Rosner.

30. Nachdruck verboten.

Er schüttelte den Kopf — langsam, erstaunt! — er mißte sich um diese Ruhe, diesen verwunderlichen Ausdruck seiner Augen, und fühlte ungleich, daß er jetzt nicht reden konnte, so stark schlug ihm das Herz. Was in die Kehle spürte er die heiße Welle des Mutes.

Die wenigen Schritte noch gingen sie bis zur Türe.

Er dachte: Und ich habe ihre Angst vor dem Gesehenwerden nicht verstanden — jetzt aber habe ich selbst davor gezittert.

Draußen sagte sie: „Peter, wie dumm nervös ich bin — mir war's doch früher so, wie wir da gingen, als hätte dich jemand angerufen.“

„Nicht —?“
„Als hätte jemand zu dir etwas gesagt?“

„Nein —.“
Sie gingen schweigend weiter. Langsam gingen sie, denn nun war wieder das mittägliche Drängen der Menschen um sie her, der Strom der Tausende und Tausende, die aus der Arbeit in die kurze Ruhe und aus der kurzen Ruhe in die Arbeit trieben.

Ein Druck lag nun mit einem Male über beiden.
An einer Straßenecke leute Frau von

Verlorst die Hand auf den Arm ihres Sohnes.

„Peter — nicht böse sein — aber ich möchte doch jetzt einen Wagen nehmen.“
„Ja Mutter — ja —“

„So schön war dieser Vormittag —“
Er lächelte. „So gut war das, daß du gekommen bist!“ Wie er dann aussah, traf sein Blick ein Auto, das leer vorüberfuhr. Er hob die Hand. Jetzt hielt der Wagen und stand ratternd, polternd neben ihnen. „Mutter, wann sehe ich dich wieder? Morgen?“

In ihrem schmalen Gesicht suchte es gequält.

„Peter, morgen muß ich zu Hause sein. Es kommt Besuch, zwei Damen von dem Wohlfahrtskomitee —“

„Er sah an ihr vorbei und öffnete den Schlag des Wagens. Er hörte nicht zu Ende, was sie sagte, das Rattern und Puffen des Motors verschlang die Worte. „Leberrmorzen?“

„Ja, Peter — um die Zeit wie heute. Aber nicht wahr, du denkst dir etwas anderes aus. Nicht wieder die Stadt hier —“

„Ja, Mutter —“
Sie stieg ein. „Nicht bis ans Haus —“, sagte sie noch. Er nickte, lächelte ihr zu und küßte ihre Hand — und nickte wieder.

Und sie hatte mit einem Male leuchte Augen.

„Maassenstraße — Ecke Südwappplatz halten!“

Der Chauffeur richtete sich gerade auf, arifft an die Sturzel. Und das Mattern und Poltern des Motors fiel ab, der Wagen lief.

Perez Herrera sah dem Auto nach, wie es entfaltete, wie es sich in das Gedränge der anderen Gefährte schob, da zwischen diesen untertauchte — sich noch einmal zelte — und entschwand —

Nun stand er wieder allein.
Er bewegte leise den Kopf in einem stillen, bitteren Verneinen, als er sich dann zum Gehen wandte.

Perez Herrera konnte sich an diesem ganzen Tage von jenem stumpfen Druck nicht befreien, der über ihn gefallen war, während die Mutter mit so angstvoller Hast nach Hause gedrängt hatte — während in dieser alten Konditorei einer von jenen Tausenden, die ihm hier in Berlin schon aufgebeugt hatten, wenn er in der Manege stand, seinen Namen genannt hatte.

In keinem Augenblick vorher war es ihm so klar gewesen, wie dünn und brüchig die Fäden waren, die zwischen ihm und der Mutter gingen. Nicht an ihrer Liebe zweifelte er — sie liebte ihn wohl mehr als irgendeinen anderen Menschen. Mehr als den Bruder Bernhard und als dessen Frau und Kinder, und vielleicht auch mehr als den Vater. Aber ihre Liebe hatte nicht Fleisch und Blut — war nur der Schatten eines Körpers — und dieser Schatten selbst schien ihr wie eine heimliche Sünde, ein stilles Unrecht an den andern. Ihre Liebe

waren gute, ärtliche Gedanken, waren einsame, heuchelartige Regungen, waren Leben hielt sie nicht stand. Sie gab nicht als den schwachen Trost ältlicher, stiller Augen, die angstvoll sahen: Was mir abgeben ist, sind nur noch ganz verschwiegene Träume — Träume, die mir die andern nicht nehmen konnten — die gebe ich dir! Verlangte nicht mehr —!

Er wußte klar, mehr konnte sie nicht geben. Die zage Liebe wurde soaleich erwidert, gedroffelt von der Angst, wenn auch nur aus der Ferne Möglichkeiten austauschten, die sich auf die andern bezogen.

Ein Wort, das sie zu ihm gesprochen hatte, stand vor ihm: „Ich weiß doch jetzt, du liebst, es geht dir gut!“ Darin lag das, was ihrem arm gewordenen Mut, ihrer so hattenhaft gewordenen Kraft genigte. Ein stilles Wissen, das ein Zielpunkt für ihre verträumten müden Augen war, wenn sie da irgendwo in einer nie gesehenen Ferne ruhten. Das würde ihr ein Trost sein, wenn er wiederum gegangen war, und daran würde sie sich halten. Und dabei würde sie sogar vielleicht ein wenig erleichtert sein, weil sie dann wußte: er war weiter fern — und weil damit die Möglichkeit von ihr genommen war, das Leben könnte Ansprüche erheben, vor denen ihre arme Kraft versagte —

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung

betr. Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921 in dem zur Zeit besetzten Gebiet des Westens sowie in den Provinzen Oberschlesien und Ostpreußen.

Gemäß § 3, Satz 2 der Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921 vom 4. Juli 1921 (R. G. Bl. S. 804) hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet, daß in dem zur Zeit besetzten Gebiete des Westens sowie in den Provinzen Ostpreußen und Oberschlesien den Erzeugern für das Getreide, das auf Grund der nach dem Gesetz über die Regelung des Verkaufs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R. G. Bl. S. 737) ausgeschriebenen Umlage zu liefern ist, vom Beginn der Ernte ab als Höchstpreise für die Tonne gezahlt werden:

	Für 100 kg. also	
Roggen	2,250 Mt.	225 Mt.
Weizen, Spelz, (Dinkel, Felsen), Emmer, Einkorn	2,460 Mt.	246 Mt.
Gerste	2,140 Mt.	214 Mt.
Hafers	1,930 Mt.	193 Mt.

Diese Erhöhung der Umlagepreise in den genannten Gebieten erfolgt, um den Erzeugern einen Ausgleich für die gegenüber den anderen Teilen des Reiches erschwerte und verteuerte Produktion zu gewährleisten. Hinsichtlich des Maßes der Erhöhung ist zu bemerken, daß dieses den Wünschen berufener Vertreter der drei Gebiete, mit denen hierüber verhandelt worden ist, entspricht.

Berlin W 50, den 4. August 1921.

Preussisches Landes-Getreide-Amt.
gez.: Eiemann.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 18. August 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Gebühren für Fleischbeschau.

Auf Grund des § 14 des Gesetzes vom 28. Juni 1902 ändere ich den Gebührentarif für die Ausübung der Fleischbeschau vom 19. Juli 1920 vorbehaltlich jedergeitigen Wiederrufs wie folgt:

- für ein Stück Rindvieh (ausschließlich Kälber) 16,00 Mt.
- für ein Schwein (einschließlich Trichinenschau)
 - bei gewerblicher Schlachtung 15,00 Mt.
 - bei Hauschlachtung 13,00 Mt.
- für ein Schwein (ausschließlich Trichinenschau)
 - bei gewerblicher Schlachtung 10,00 Mt.
 - bei Hauschlachtung 8,00 Mt.
- für Trichinenschau allein
 - für einen ganzen Tierkörper 8,00 Mt.
 - für eine Speckseite oder ein sonstiges Schweinefleischstück 4,00 Mt.
- für ein Kalb, Schaf, Ziege oder sonstiges Kleinvieh (ausschließlich Ziegenlamm) 8,00 Mt.
- für ein Ziegenlamm 5,00 Mt.

Die Sätze von a bis o und o bis f sind in voller Höhe auch zu zahlen, wenn eine Schlachtviehbeschau ohne nachfolgende Fleischbeschau oder wenn lediglich eine Fleischbeschau stattfindet.

Wenn ein Beschauer an demselben Tage die Beschau mehrerer Schweine desselben Besitzers vornimmt, so steht ihm bei gewerblichen Schlachtungen für die Beschau des zweiten und jedes folgenden Schweines auch nur die um 2 Mt. ermäßigte Gebühr für Hausgeschlachtete Schweine zu. Er erhält also für das zweite und jedes folgende Schwein einschließlich der Trichinenschau 13 Mt. und ausschließlich der letzteren 8 Mt.

2. Ergänzungsbeschau.

Den Fleischbeschauern steht für die Ergänzungsbeschau für Untersuchung eines Tieres ohne Rücksicht auf die Tiergattung eine Gebühr von 20 Mt. zu.

Die vorstehenden Abänderungen treten mit dem 15. August 1921 in Kraft.

Wiesbaden, den 3. August 1921.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht:

Nastätten, den 18. August 1921.

Die Polizeiverwaltung: Wasserloos.

Sommerproffen

Das wundervolle Geheimnis ihres Verschwindens teilt allen Leidensgefährten kostenlos mit
E. Sternberg, Berlin D. 826. SW.,
Junkerstraße 13.

Herbst-Rübsamen

(Vang-Ochsenhorn)
empfiehlt
Wilh. Gill, Nastätten.

Jeder komme selbst zur Ueberzeugung und kaufe beim Fachmann.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in



Fahrräder und Motorfahrzeuge, ebenso

Neckarsulm

und noch viele andere erstklassige Marken.

Große Auswahl

in Fahrrad-Mantel, Schläuche, Ersatzteile und Zubehör.

Eigene Werkstätte!

Gute fachmännische Arbeit. :: Billige, gute Bedienung.

Fahrrad- und Maschinen-Geschäft

J. Deckert - Nastätten

Oberstrasse 6

Telefon Nr. 77

Frisch eingetroffen!

Weißkraut
Rotkraut
Gelberüben
Kartoffeln

Frau Chr. Hazel, Oberstraße

Kopfsalat

empfiehlt
Gärtnerei E. Wölfert
Nastätten: Oberstraße.

Essig-Essenz Salat-Oel

empfiehlt
Apotheke in Nastätten.

Frische Zitronen

empfiehlt
Konditorei Adermann.

Vollheringe

(1 Stück 1,20 Mt.)
Sch. Schenck, Nastätten.

Ia. Heide-Käse

per Pfund 12 Mark.
Ia. Limburger Käse,
ff. grosse Handkäse,
schöne gelbe Ware.

ff. Gouda-Käse, ff. Edamer Käse

wieder eingetroffen.
Ed. Schüler, Nastätten.

Natur-Haarzöpfe

sowie Unterlagen und sämtliche Haar-Ersatzteile (nur fachmännische Arbeit), fertig vorrätig; Anfertigung auch von ausgefallenen Haaren gut und preiswert. Anarbeiten und Färben von getragenen Zöpfen nur im Spezial-Haargeschäft von

Albert Spriestersbach
Nastätten (a. d. ev. Kirche).

Arbeiter und Arbeiterinnen

im Alter von 14 bis 16 Jahren als Lehrlinge in unsere Fabrik eingestellt werden.

Kampff & Spindler
Seidenstoff-Fabrik
Nastätten.

Wachamer, 11/2-jähriger

Sund

zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Prima

Fliegen-Fänger

zu haben in der
Amts-Apotheke Nastätten.

Haarausfall und Schuppen

verhindern meine Ia. Kopfwässer und Quaröl in allen Preislagen.

Machen Sie einen Versuch, er lohnt.
Damen- und Herrenfrisiergeschäft
Albert Spriestersbach
Nastätten (a. d. ev. Kirche).

Sprechtag:

Montags von 3 bis 6 Uhr nachm.

Dr. Wittig, Rechtsanwalt

Nastätten

Hotel Guntrum

Kartoffelmehl per Pfd. 4.— Mt., bei Abnahme von 5 Pfd. 3.80 Mt., bei 10 Pfd. 3.70 Mt.

Ia. gebr. Kaffees per Pfund 24.— und 26.— Mt.

Cacao per Pfund 13.—, Schw. Tee (Loose und in Packungen) 16.— und 24.— Mt.

empfehlen
Konditorei Hazel, Nastätten (Nähe Bahnhof.)

Einmal waschen und die andern: Wasche nur mit „J. Webe“
Seifen u. Seifenpulver
Es sind die besten!
Alleiniger Fabrikant
Joh. Wilh. Bauer,
Dampf-Fabr., Friedendiez (Lahn)
Kein Ladenlokal!
Somit keine Schädigung für Wiederverkäufer.

Favorit-Moden-Album

ebenfalls
! Die Neueste Deutsche Mode!
für Herbst und Winter 1921
eingetroffen!

Müllersche Buchhandlung :: Nastätten.

Fahrräder (Marke Opel)

sowie sämtliche Ersatzteile nebst Ia. Gummi in empfehlende Erinnerung.

B. Strauß Söhne, Nastätten.

Oel-Farben

Bleiweiß, Lithopone, Zinkweiß, Mennige, Chrom und Zinkgrün, Ocker, Englisch Rot, Fußbodenöl, sowie jeden gewünschten Ton absolut zuverlässig in Leinöl angerieben, empfiehlt

Peter Fischer, Nastätten, Maler- und Lackiergeschäft
Rheinstraße 35 Rheinstraße 35

Bringt meine

Verkaufsstelle für elektr. Starkstromartikel

wie: Birnen, Schalter, Fassungen und dergleichen in empfehlende Erinnerung.

Erich Grewe, Caub a. Rhein.